

## **Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Ursina Andereg, GB): Aufrufe an die Bevölkerung im Direktionsalleingang?**

Am 14. Dezember 2022 hat die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie per Medienmitteilung<sup>1</sup> und Soziale Medien die Stadtbevölkerung aufgerufen, „Bettlerinnen und Bettler aus Osteuropa“ kein Geld zu geben. Dies, da sie „meist Angehörige und/oder Opfer von organisierten Bettelbanden“ seien.

Dieser Aufruf ist aus verschiedenen Gründen problematisch: In Bern ist Betteln nicht „grundsätzlich nicht verboten“, wie die Direktion schreibt, sondern ausdrücklich erlaubt. Zudem schürt dieser Aufruf rassistische Ressentiments und trägt zur Stigmatisierung von Armutsbetroffenen bei, was unhaltbar ist. In Anbetracht der Tragweite eines solchen Aufrufs ist es umso erstaunlicher, dass es offenbar für eine einzelne Direktion möglich ist, diesen im Alleingang zu tätigen. Es wäre zu erwarten, dass Aufrufe an die Bevölkerung einen Beschluss und eine entsprechende Kommunikation des Gesamtgemeinderates bedingen würden.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie kommt es, dass eine einzelne Direktion einen Aufruf an die Bevölkerung tätigen kann?
2. Aufgrund welcher Kriterien kommunizieren Direktionen als einzelne Direktion in Abgrenzung zur gesamtgemeinderätlichen Kommunikation?
3. Wurde oder wird der Aufruf der SUE im Gesamtgemeinderat thematisiert? Wenn ja, resultieren daraus Learnings, Konsequenzen?

Bern, 26. Januar 2023

*Erstunterzeichnende: Ursina Andereg*

*Mitunterzeichnende: Mirjam Arn, Anna Leissing, Katharina Gallizzi, Jelena Filipovic, Anna Jegher, Nora Joos, Mahir Sancar, Sarah Rubin, Vanessa Salamanca, Franziska Geiser, Lea Bill, Seraphine Iseli*

---

<sup>1</sup> siehe Medienmitteilung: «Vorsicht vor organisierten Bettelbanden»